Märkische Linke

Die linke Zeitung für die Prignitz und Ostprignitz-Ruppin. **Ausgabe 13 / Dezember 2025**

Vorgestellt:
Sebastian Dewenter

Erst vor zweieinhalb Jahren ist Sebastian Dewenter aus beruflichen Gründen vom Ruhrgebiet nach Wittenberge gezogen. Der 41-jährige Ingenieur ist Dozent für Materialprüfverfahren, die Brücken, Flugzeuge oder PKW sicherer machen. Auch gesellschaftlich wünscht sich Sebastian, dass sich alle sicher fühlen können, vor allem vor Neonazis und Rassisten. *„Leider habe ich schon früh nach meinem Umzug feststellen müssen, wie sehr ein gewisser Alltagsrassismus hier verankert ist“*, berichtet er.
Im Sommer diesen Jahres ist er deshalb in die Linke Prignitz eingetreten.
„Niemand soll mir nachsagen können, dass ich mich nicht offen gegen Rassismus und Ausgrenzung gestellt habe, als noch Zeit dafür war.“
Kurz nach seinem Eintritt wurde er gefragt, ob er sich an der Organisation des ersten *„Prignitz United“*-Konzerts gegen Rechts beteiligen möchte. Für ihn keine Frage. *„Die Zusammenarbeit hat viel Spaß gemacht und es freut mich sehr, dass daraus eine regelmäßige Veranstaltung werden soll.“*
Es ist ihm wichtig, gerade für junge Leute Räume zu schaffen, in denen sie nicht Gefahr laufen, von faschistischen Bauernfängern beeinflusst zu werden.
Zum gelebten Antifaschismus gehört für ihn auch die gesellschaftliche Inklusion von Menschen mit Einschränkungen. Neben seinem Studium hat er lange Zeit als Integrationshelfer gearbeitet. Das hat seinen Blick für die vielen gesellschaftlichen Ausschlüsse geschärft. Als zugezogener, kontaktfreudiger Mensch ist ihm noch etwas in der Prignitz aufgefallen, wo er Handlungsbedarf für die Linke sieht: *„Ich finde es erschreckend, wie viele in Suchtproblematiken stecken, bei der doch recht geringen Bevölkerungszahl.*

Den Menschen muss geholfen werden, durch Angebote der Suchtprävention, aber vor allem durch Angebote für eine aktive, günstige Freizeitgestaltung.“
■■ *bms*

Menschenrechte sind unteilbar.

Der Tag der Menschenrechte, der 10. Dezember, erinnert uns jedes Jahr daran, dass Freiheit, Würde und Gleichberechtigung niemals selbstverständlich sind. Sie entstehen nicht von allein – sie müssen geschützt, verteidigt und täglich neu gelebt werden.

Menschenrechte sind keine feierliche Formel, sondern der Anspruch jedes Menschen, gehört, geschützt und respektiert zu werden – unabhängig davon, wo er lebt, wie er denkt oder woran er glaubt.
Wir leben in einer Zeit, in der die Welt unruhiger geworden ist. Kriege, Fluchtbewegungen, politische Spannungen und soziale Brüche zeigen uns, wie schnell die Grundpfeiler einer offenen Gesellschaft ins Wanken geraten können. Der Ton wird rauer, das Vertrauen brüchiger, und viele Menschen fühlen sich verunsichert. Gerade deshalb brauchen wir Orientierung und Haltung.
Menschenrechte sind dabei unser Kompass. Sie erinnern uns daran, was inmitten all der Konflikte bleibt: Dass jeder Mensch ein Recht auf Leben, Freiheit, Bildung, Selbstbestimmung und Sicherheit hat. Dass staatliche Macht Grenzen hat. Und dass der Wert eines Lebens niemals relativiert werden darf.
Der Tag der Menschenrechte ist kein symbolischer Gedenktag – er ist ein Auftrag. Ein Auftrag, überall dorthin zu sehen, wo Menschen entrechtet werden. Ein Auftrag, sich einzumischen, wenn Menschen in Not geraten. Und ein Auftrag, Räume zu schaffen, in denen Respekt stärker ist als Angst und in denen Unterschiede nicht trennen, sondern bereichern. Menschenrechte beginnen immer im Alltag: In der Art, wie wir miteinander sprechen, wie wir Konflikte austragen, wie wir mit den Schwächeren umgehen. Eine gerechte Gesellschaft entsteht nicht in großen Reden, sondern in kleinen Entscheidungen – jeden Tag aufs Neue.
Der Tag der Menschenrechte ruft uns auf, Verantwortung zu übernehmen. Für uns selbst. Für andere. Und für eine Welt, die menschenwürdig bleibt.
■■ *Andreas Büttner, Antisemitismusbeauftragter des Landes Brandenburg*

Die Kreisvorstände der Linken Ostprignitz-Ruppin und Prignitz und die Redaktion der Märkischen Linken wünschen allen Leserinnen und Lesern eine friedliche Adventszeit, fröhliche Weihnachten und einen gesunden Rutsch ins neue Jahr.

Die nächste Ausgabe erscheint am 09.01.2026.

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung – Theorie und Wirklichkeit

Am 19.11.25 fand auf Einladung des Brandenburger Bildungsministeriums eine Informationsveranstaltung zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern für den Landkreis OPR in Neuruppin statt. Dazu waren das staatliche Schulamt, Vertreter der Kreisverwaltung und vor allem Schulhortleiterinnen und -leiter sowie Vertreter der Träger der Schulhorte eingeladen.

Ziel der Veranstaltung (die parallel in jedem Landkreis durchgeführt wurde) war, die damit befassten Fachkräfte darüber aufzuklären, wie der gesetzliche Anspruch konkret umgesetzt werden soll.

Worum geht es? Seit 2020 steht fest, dass ab August 2026 eine Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder stufenweise in den Schulen eingeführt wird: mindestens acht Stunden verlässliche Betreuung am Tag, beginnend mit der 1. Klasse.

Geht es nach dem Ministerium, soll das alles von den schon jetzt personell unterbesetzten Schulhorten unter Beibehaltung des Erzieherschlüssels von 1:15 realisiert werden – ohne zusätzliche Finanzierung durch das Land. Offensichtlich gibt es weder ein Konzept noch eine Antwort auf drängende Praxisfragen. Eine Debatte im Landtag dazu erfolgte nicht. Da kann man wohl mit Recht darauf verweisen, dass das gesamte Chaos, das jetzt auf Eltern und Schulhorte zukommt, politisches Versagen vor allem des Bildungsministeriums ist.

Die Horterzieher fordern, den Schlüssel von 1:15 auf mindestens 1:12 zu senken. Damit könnten unter anderem höhere Bedarfe der Kinder, die Umsetzung neuer Bildungspläne, Hilfsangebote oder Hilfen bei Sprachbarrieren – nicht nur bei Migranten – umgesetzt werden. Doch auch darauf gibt die sogenannte Umsetzungskonzeption des Landes keine Antwort.

Wenn heute ein Hort während der Schulzeit mit seinem Personal gerade einmal täglich vier Stunden Betreuung absichern kann – wie soll er mit dem gleichen Personal in der Ferienzeit acht Stunden Betreuung gewährleisten?

Anscheinend ignoriert das Bildungsministerium, dass Erzieherinnen und Erzieher auch Menschen sind, die schulpflichtige Kinder haben, auch mal krank werden können oder sich fortbilden müssen. Einen Ersatz für den Ausfall gibt es nicht! Immer mehr Erzieherinnen und Erzieher zweifeln, weil alles, was ihren Beruf interessant und erstrebenswert machte, heute bildungspolitisch zerstört wird. Das spüren Nachwuchskräfte, aber auch langjährige Horterzieherinnen und -erzieher. Nicht wenige überlegen, ob es nicht besser für sie und ihre Familien wäre, wenn sie sich eine Arbeit außerhalb des Erzieherbereichs suchen würden.

Die Sorge und Unzufriedenheit der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Eltern teilt auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Der Vorsitzende der GEW, Fuchs, fordert ein nachhaltiges bildungspolitisches Konzept, das die angestrebte Ganztagsbetreuung umsetzbar macht, die pädagogische Arbeit von Schule und Hort verbindet – wobei es nicht um die Ausweitung des Unterrichts auf den Nachmittag geht – und das auch in den Ferien durch ausreichendes Personal eine verlässliche Ganztagsbetreuung garantiert.

Das Brandenburger Bildungsministerium hat auf dieser Veranstaltung wieder einmal eindeutig gezeigt, dass es seine Vorgaben ohne jeglichen Praxisbezug am Reißbrett entworfen hat.

Die Linke wirft der Landesregierung Verantwortungslosigkeit und ein planloses Agieren gegenüber Kindern, deren Eltern sowie den von Erzieherinnen und Erziehern und Trägern gestalteten Einrichtungen vor. Die Ganztagsbetreuung ist eine unverzichtbare Aufgabe, deren Umsetzung ein praxistaugliches Konzept voraussetzt.

■■ *red.*

Kinderrechte müssen endlich ins Grundgesetz

Am 12.11.2025 wurde der diesjährige UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland vorgestellt. Als UNICEF-Ehrenamtliche war ich dazu eingeladen. Geschäftsführer Schneider forderte eine gute Perspektive für jedes Kind. Seine Worte kommen nicht aus dem Nirgendwo, denn marginalisierten Kindern in Deutschland geht es zunehmend schlechter. Besonders besorgniserregend sind die Folgen für armutsgefährdete Kinder. Die Rate von Minderjährigen, die unter erheblicher materieller und sozialer Deprivation leiden, liegt bei 9 %. Die Konsequenzen für Betroffene sind weitreichend. Ich selbst bin in Armut aufgewachsen und kenne die Sorgen, die niemand – vor allem keine Kinder und Jugendlichen – mit sich tragen sollte. Die Gesundheitsbeschwerden von Kindern im Alter von 11 bis 15 Jahren haben 2022 einen neuen Höchststand von 40 % erreicht. Das psychische Wohlbefinden sinkt, vor allem für Mädchen und Kinder mit geringem familiärem Wohlstand. Dr. Obst, ein Vertreter des zuständigen Bundesministeriums, klagte über die schwindenden Geburtenraten, ohne sich jedoch mit möglichen Gründen auseinanderzusetzen. Als 17-Jährige antwortete ich trotz des fehlenden Interesses: Existenzängste sind es, um die sich am allerwenigsten die aktuelle Bundesregierung schert. Fazit des Abends: Gleiche Rechte gibt es für Kinder nicht – stattdessen strukturelle Benachteiligung. Viele Entscheidungsträger scheuen sich vor der Wahrheit. Es braucht mehr als Empfehlungen und Worte. Ich fordere uns zu Solidarität für die hilflosen Kinder auf, dazu, die Strukturen zu hinterfragen und den politischen Druck zu erhöhen, bis jedes Kind die Gerechtigkeit und die gute Perspektive erhält, die es verdient. Kinderrechte gehören endlich ins Grundgesetz.

■■ *Phieby Skadow, Sprecherin der LAG Linke Frauen und Mitglied im KV TF*

Ein fatales Jubiläum oder: **Wie es anfing mit dem Krankenhaussterben.**

Es gibt unsägliche Wörter und fatale Jubiläen. *„Krankenhausfinanzierungsgesetz“* ist so ein Wort. Am 23. Dezember vor vierzig Jahren trat die Neufassung dieses Gesetzes in Kraft. Das Bonner Parlament hatte beschlossen, dass Krankenhäuser von da an Gewinne erwirtschaften und abführen dürfen und so den gesetzlichen Rahmen für deren Privatisierung und Kommerzialisierung geschaffen – was seit 1990 auch für die ostdeutschen Krankenhäuser gilt.

Dieses unselige Jubiläum nimmt das *Bündnis Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB)* zum Anlass für eine Bilanz-Pressekonferenz zu Krankenhausschließungen. Seit 1990 wurden mehr als 500 Kliniken geschlossen, mindestens ebenso viele sind aktuell von Schließungen bedroht.

Zum Einstieg großer Konzerne ins Krankenhausgeschäft kamen später die Fallpauschalen, die auch öffentliche Träger zwangen, Gewinne zu erwirtschaften – allerdings meist unter wesentlich schlechteren Bedingungen als die privaten Anbieter. Wer mehr Informationen will, wird auf der Webseite *www.gemeingut.org* fündig. Hier gibt es auch einen Bericht über das Vernetzungstreffen der gesundheitspolitischen Initiativen. Es fand in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter dem Titel *„Gegen Profit und Schließungspolitik“* im Oktober in Göttingen statt. Pünktlich dazu haben GiB und die Stiftung eine sehr spannende, umfassende Broschüre veröffentlicht: *„Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft“* kann als PDF heruntergeladen oder als Papierversion bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung bestellt werden.

■■ *bms*

Zum PDF

(OPR-) Haushalt 2026: **Stabilität versprochen – soziale Schieflage droht**

Der neue Haushaltsentwurf des Landkreises wirkt auf den ersten Blick solide, doch unter der Oberfläche bröckelt er gewaltig. Ein Defizit von über 18 Millionen Euro zeigt klar: Nicht der Landkreis lebt über seine Verhältnisse, sondern Bund und Land lassen die Kommunen finanziell austrocknen.

Sinkende Schlüsselzuweisungen, geringere Umlagegrundlagen und steigende Sozialausgaben schieben uns in eine Lage, in der Rücklagen aufgebraucht und Kassenkredite auf 40 Millionen Euro ausgeweitet werden sollen – ein Warnsignal, das man nicht überhören darf.
Zwei Drittel aller Ausgaben entfallen auf soziale Pflichtaufgaben. Diese Leistungen sichern Teilhabe, schützen Existenzen und sind schlicht unverzichtbar. Umso wichtiger ist es, dass der Landkreis trotz der Schieflage an freiwilligen Leistungen wie Kulturförderung, Dorfprojekten und dem kostenlosen Deutschlandticket für Schüler:innen festhält. Das ist kein Luxus, sondern lebensnotwendig für unseren ländlichen Raum.
Problematisch wird es beim Personal: Mit einem *„qualifizierten Einstellungsstopp“* soll gespart werden – ausgerechnet dort, wo Verwaltung und soziale Dienste längst am Limit arbeiten. Wer Jugendhilfe, Bauverwaltung und Gesundheitsamt weiter ausdünnt, gefährdet nicht nur die Servicequalität, sondern auch die soziale Infrastruktur.
Und dann die Investitionen: Nur 5,4 Millionen Euro sind geplant – historisch niedrig. So baut man keine Zukunft, so verwaltet man den Mangel.

Eine nachhaltige Finanzpolitik darf nicht auf Kosten von Infrastruktur, Beschäftigten und sozialer Teilhabe gehen. Unser Fazit ist klar: Der Landkreis kämpft, aber ohne faire Finanzausstattung bleibt er im Würgegriff struktureller Unterfinanzierung.
Die Linke fordert deshalb eine grundlegende Reform des kommunalen Finanzausgleichs, mehr Verantwortung von Land und Bund – und eine Haushaltspolitik, die soziale Sicherheit vor Sparideologie stellt.

■■ *Holger Kippenhahn, Fraktionsvorsitzender der Linken im Kreistag OPR*

Kommunale Haushalte in der Strukturkrise. **Der Haushalt des Landkreises Prignitz ist nur ein Beispiel unter vielen.**

Der jüngste Haushalt des Landkreises Prignitz weist ein gigantisches Defizit auf: 17 Millionen Euro im Jahr 2026 und 20 Millionen im Jahr 2027. Selbst wenn eigene Konsolidierungsbestrebungen fortgesetzt werden, droht ohne Kurswechsel auf Bundes- und Landesebene eine Abwärtsspirale aus steigenden Pflichtausgaben und stagnierenden Einnahmen.

Land und Bund übertragen den Kreisen immer mehr Pflichtaufgaben – ohne entsprechende Kostenerstattung. Das Land reduziert obendrein seine Zuweisungen an die Kreise. Die *„Kreisumlage“* – also der Einnahmeanteil, den Städte und Gemeinden an den Landkreis zahlen müssen – ist gleichbleibend. Eine Erhöhung wird mit der Linken auch nicht zu machen sein. Mehr Aufgaben, weniger Einnahmen – so der Ist-Zustand.
Laut Sozialraumanalyse wird die Bevölkerungszahl im Landkreis weiter sinken, was die Einnahmen weiter schrumpfen lässt.
Wir erleben nicht einfach eine temporäre Krise, sondern eine strukturelle. Pflichtaufgaben wie Jugend- und Sozialleistungen machen inzwischen den größten Teil der Ausgaben aus. Die Folgen: Sozialausgaben geraten politisch immer stärker unter Druck. Notwendige Investitionen in Schulen, Straßen und den ÖPNV fallen aus. Auch das trifft Menschen mit geringen Einkommen am härtesten. Die Ungerechtigkeit zwischen ländlichen und städtischen Regionen nimmt zu, gleichwertige Lebensverhältnisse rücken in weite Ferne. Und schließlich sind mit solchen Sparzwang-Haushalten die politische Handlungsfähigkeit und die demokratische Legitimation bedroht.
Die Linke sagt ganz klar: Das Gebot der Stunde sind öffentliche Investitionen, eine gerechtere Finanzausstattung, sozialer Ausgleich, aktive Gestaltung – und kein Sparzwang, der die Menschen trifft, die ohnehin wenig haben. Die Prignitz und andere ländliche Regionen dürfen nicht weiter „abgehängt“ werden, nur weil angeblich das Geld fehlt.

■■ *Thomas Domres*

Mit Christin Willnat (MdB) unterwegs in der Prignitz - **So kommen UNSERE Themen in den Bundestag**

Bürgernähe im wahrsten Sinne des Wortes

Am Dienstag, dem 18.11., hatte ich die Gelegenheit, unsere Bundestagsabgeordnete Christin Willnat bei ihrem Wahlkreistag in Perleberg zu begleiten.

Christin Willnat ist unter anderem ordentliches Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU sowie im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und fraktionsintern Sprecherin für Verbraucherschutz, Mitglied im Arbeitskreis Recht und Verbraucherschutz und im Arbeitskreis Internationales – Frieden, globale Gerechtigkeit und Menschenrechte.
Sie ist unsere linke Stimme im Bundestag – nicht nur für die Prignitz und Ostprignitz-Ruppin, sondern für insgesamt vier Landkreise. Um sich ein Bild von der Lage und den kreisspezifischen Themen, die die Bürger bewegen, zu verschaffen, ist sie in jedem Landkreis unterwegs.
In diesem Kontext waren wir zu Gast beim Jugendmigrationsdienst in Perleberg, hatten einen Termin mit den Mitarbeiterinnen des Frauenhauses in Wittenberge und ein sehr interessantes Gespräch mit Axel Schmidt, dem Bürgermeister von Perleberg. Zudem gab es eine Bürgersprechstunde im Rahmen von „Die Linke hilft".
Es waren sehr informative und ehrliche Gespräche. „Unsere" Christin wird einiges mit in den Bundestag und zu den entsprechenden Stellen mitnehmen, um die örtlichen Themen und Probleme anzugehen.
So geht Bürgernähe!
Es ist so wichtig, dass MdBs wissen, was die Kommunen bewegt. So kommen unsere Themen dorthin, wo sie gehört werden müssen!
Danke, Christin!
Danke für deinen Einsatz!
■■ *Julia Köppe*

Die Linke Prignitz hilft: **320-Euro-Spende unterstützt das Frauenhaus Wittenberge**

Die Linke Prignitz hat eine Spendensammlung für das Frauenhaus Wittenberge gestartet und in kurzer Zeit eine Summe von 320 Euro gesammelt. Mit dem Betrag soll die wichtige Arbeit der Einrichtung unterstützt werden, die Frauen in akuten Krisensituationen Schutz und Beratung bietet.
Die Spende trägt dazu bei, laufende Projekte zu finanzieren und den Bewohnerinnen des Hauses zusätzliche Hilfsangebote zu ermöglichen. Vertreterinnen des Frauenhauses zeigten sich dankbar für die Unterstützung und betonten, wie wichtig solche Beiträge für den Erhalt der Einrichtung sind.
Die Linke Prignitz wird die Spendensammlung fortsetzen und weiterhin Bürgerinnen und Bürger ermutigen, die Arbeit des Frauenhauses zu unterstützen und zu fördern, um damit einen Beitrag zur Stärkung von Frauen in schwierigen Lebenslagen zu leisten.
■■ *Thomas Domres*

Cuba in schwierigen Zeiten

Cuba steht vor riesigen Herausforderungen und sieht sich permanenten und zunehmend härteren Angriffen des Imperiums aus dem Norden gegenüber.

Die überaus positive Entwicklung bis 2018, verbunden mit einer wirtschaftlichen Erholung, diplomatischer Entspannung und sozialem Fortschritt, wurde jäh durch die erste Präsidentschaft von D. Trump und die damit verbundene neuerliche politische Eiszeit, die Wiedereinführung und Verschärfung von wirtschaftlichen Blockadebestimmungen sowie die willkürliche Listung Cubas durch die US-Regierung als *„Staat, der den Terrorismus unterstützen soll“*, gestoppt.
Mit Corona brach eine wesentliche Einnahmequelle des Landes – der Tourismus – weg. Danach hat Cuba Einreiseerleichterungen mit elektronischer Visavergabe eingeführt und Privatinitiativen im Tourismussektor
ermöglicht. Und dennoch: Reisten 2018 noch knapp 4,7 Millionen Besucher nach Cuba, wird die Zahl im Jahr 2025 nur noch bei knapp 2 Millionen liegen. Die Folge: deutlich weniger dringend benötigte Deviseneinnahmen.
Reisebeschränkungen, die es US-Amerikanern nahezu verunmöglichen, nach Cuba zu reisen, Reedereien und Kreuzfahrtschiffe, die keine amerikanischen Häfen anlaufen dürfen, wenn sie zuvor Cuba angesteuert haben, sowie Touristen, die nach einer Cuba-Reise einem mindestens zweijährigen Einreiseverbot in die USA unterliegen, erschweren die Lage zusätzlich. Fluglinien haben Destinationen in Cuba aus dem Flugplan genommen. Erst ab Dezember 2025 wird es wieder eine Direktflugverbindung von Frankfurt am Main nach Cuba geben. Hinzu kommen Probleme mit der Energieversorgung und den Transportmöglichkeiten in Cuba selbst. Aufgrund der Blockade liegen viele Bereiche der Infrastruktur aktuell am Boden. Stromausfälle, die eigentlich bis 2019 der Geschichte angehörten, sind wieder an der Tagesordnung. Kraftwerke sind überaltert und fallen regelmäßig (un)geplant aus. Erdöl und Treibstoff fehlen. Auch der Fuhrpark des öffentlichen Personennahverkehrs liegt deswegen brach.
Strategisch hat Cuba darauf viel zu spät reagiert. Erst seit 2024 wird verstärkt mit Hilfe von China in den Ausbau erneuerbarer Energien, vor allem Photovoltaik, investiert. Zudem wird die Bevölkerung ermuntert, Photovoltaik auf ihren Hausdächern zu installieren. Es bedarf jedoch Zeit und Geld, um nachhaltig etwas zu verändern.
Apropos Geld: Im Jahr 2021 vollzog Cuba eine Währungsreform. Der konvertible Peso wurde abgeschafft. Doch das führte zu Inflation und zur Abwertung des kubanischen Pesos. Offiziell beträgt der Umtauschkurs 1 € = 125 Pesos, inoffiziell bis zu 540 Pesos. Bei einem Durchschnittsgehalt von 7.000 Pesos im Monat ist das Leben trotz staatlicher Subventionierung von Miete, Strom, Wasser, kostenloser Bildung und Medizin nahezu unbezahlbar. Denn Brot kostet 350 Pesos, 30 Eier 3.000 Pesos, ein Bier 300 Pesos. Eine neuerliche Währungsreform wird erwogen. Dollar sowie Euro sind in der Zwischenzeit als Zweitwährungen anerkannt.
Doch dieser Umstand befördert die soziale Ungleichheit – ein Dilemma für das Land. Die Auswanderung von gut qualifizierten jungen Cubaner:innen aus wirtschaftlichen Gründen hat bedenkliche Ausmaße angenommen. Die Fachkräfte fehlen überall. Im August wurden deshalb die Gehälter im staatlichen Sektor nach oben angepasst. Zu allem Übel traf das Land am 31. Oktober der größte jemals meteorologisch erfasste Hurrikan. Melissa, so der Name, traf die Insel mit Spitzengeschwindigkeiten von 315 km/h, riesigen Sturmfluten und bis zu 900 Litern Regen pro Quadratmeter. Der Osten des Landes ist komplett verwüstet. Doch auch das ist Cuba: Als einziges Land, das vom Jahrtausendsturm getroffen wurde, hat Cuba kein einziges Menschenleben zu beklagen. Zivil- und Katastrophenschutz arbeiten vorbildlich und hatten im Vorfeld knapp 1 Million Menschen aus den gefährdeten Gebieten evakuiert. Unmittelbar wurde Solidarität organisiert und geleistet, und der Wiederaufbau wurde gestartet. Viele Länder aus Süd- und Mittelamerika sowie der Karibik entsendeten Hilfslieferungen – wohl wissend, dass Cuba immer das erste Land der Region ist, das bei Naturkatastrophen Hilfe leistet und solidarisch an der Seite der Opfer steht.
Selbst Deutschland sah sich genötigt, 330.000 Euro als Soforthilfe über einen UN-Topf zu spenden. Intensiver sammelt die internationale Cuba-Solidarität, in Deutschland unter anderem Cuba Sí, eine Arbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke. Nachhaltig hilfreich wäre jedoch die Beendigung der Sanktions- und Blockadepolitik, so wie es die UN-Vollversammlung seit Langem fordert. Nachhaltige Hilfe wäre auch eine eigenständige deutsche Cuba-Politik, die auf wirtschaftlichen und kulturellen Austausch auf Augenhöhe setzt.

Konkret helfen würde auch, wenn sich viele ermutigt sehen, selbst nach Cuba zu reisen – was ich ausdrücklich empfehle.

■■ *Ronny Kretschmer*

Nie wieder, ist jetzt!

Am 9.11.2025 gedachten viele Menschen, auch in Wittstock, der Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung. Wir gingen schweigend mit Kerzen zum jüdischen Friedhof in Wittstock, hörten ein Gebet und das jüdische Kaddish (Totengebet). Gemäß der jüdischen Tradition legten wir kleine Kieselsteine auf die Bruchstücke der zerstörten Grabsteine, Anschließend gingen wir zu den 5 Stolpersteinen, die sich vor der AOK und Rossmann auf dem Markt befinden.

Landrat Ralf Reinhardt warnte vor dem aktuellem Antisemitismus. Der evangelische Pfarrer Hans-Christoph Schütt informierte über die Wittstocker Juden, die in beiden Häusern lebten und arbeiteten. Im Catarins-Dänicke-Haus hörten wir eine Biographie über Adolf Burger, der als Häftling im KZ Sachsenhausen in der Fälscherwerkstatt arbeiten musste. Es war ein ergreifendes Erlebnis.

■■ *red.*

Wegschauen ist für uns keine Option

Der Aktionstag gegen Gewalt an Frauen lenkte den Fokus auf dieses allgegenwärtige und doch oft totgeschwiegene Thema. Dennoch wurden im Jahr 2024 allein in Brandenburg 6.790 Strafanzeigen wegen häuslicher Gewalt registriert. Die Dunkelziffer ist noch weitaus höher. Umso unverständlicher ist das aktuelle Agieren die Landesregierung, namentlich der Frauenministerin Britta Müller (BSW). Die fehlende Förderzusage für den Frauenpolitischen Rat gefährdet zentrale Strukturenfrauen-undgleichstellungspolitischer Arbeit. Die Kreistagsfraktion der Linken OPR macht sich dafür stark, dass Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes zur Umsetzung der bereits seit Jahren geplanten Baumaßnahmen am Frauenhaus in Neuruppin eingesetzt werden. Denn auch in unserer Region wird dieser Zufluchtsort dringend gebraucht. Zudem beteiligte sich der Kreisverband der Linken OPR auch in diesem Jahr an verschiedenen Aktionen anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen. Wegschauen ist für uns keine Option! Auch der Landesparteitag der Linken hat beschlossen, mit allen geeigneten Mitteln gegen den sozialen Kahlschlag der Landesregierung vorzugehen.

■■ *Jenny Salzwedel, stellv. Kreisvorsitzende der Linken OPR*

Wie weiter mit der Rente?

Während des seniorenpolitischen Forums am Rande des Landesparteitages der brandenburger Linken räumte die seniorenpolitische Sprecherin der Bundestagslinksfraktion, *Sarah Vollath*, mit der Mär auf, dass die Rentenfrage einen Konflikt von jung und alt verschärfe. Es gehe vielmehr um das allgegenwärtige Verhältnis von arm und reich.

Die Linke kämpft für eine Festlegung des Rentenniveaus auf 53 Prozent, eine Mindestrente von 1.400 Euro und die Verdoppelung der Beitragsbemessungsgrenze, damit auch Bundestagsabgeordnete und Besserverdienende in den Rententopf einzahlen müssen.

Davon ist das derzeit diskutierte Rentenpaket weit entfernt, so Vollath. Wie sich ihre Fraktion bei der Abstimmung verhalten werde, sei noch nicht entschieden.

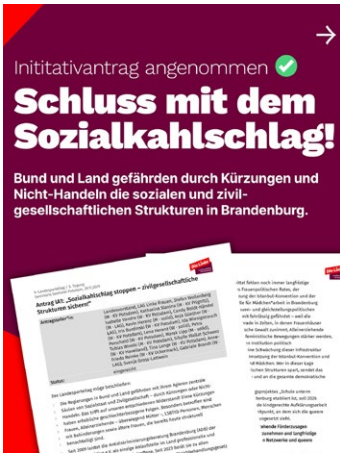
■■ *red.*

Parteitagssplitter

Am letzten Novembersamstag fand in Potsdam der 9. Landesparteitag der brandenburger Linken statt. Angesichts der drohenden Wehrpflicht werden künftig in den Kreisgeschäftsstellen Beratungen zur Wehrdienstverweigerung stattfinden.

„Links der Mitte ist sehr viel Platz“, sagte die Landesvorsitzende der Linken, Katharina Slanina. *„Nutzen wir ihn, besetzen wir ihn mit unseren Positionen bei der Miete, bei der Rente, bei den explodierenden Lebenshaltungskosten für eine solidarische Gesellschaft und eine soziale Demokratie.“* Die Delegierten fassten entsprechende Beschlüsse. Mehr Infos unter: dielinke-brandenburg.de

■■ *red.*



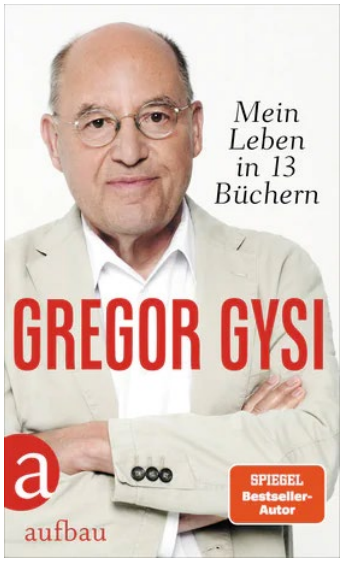
Für den Gabentisch

Mit Gregor Gysi auf literarischer Erkundungstour

Welche Bücher prägen ein Leben?
Gregor Gysi stellt 13 Titel vor, die ihn begleitet, berührt oder zum Widerspruch gereizt haben. Persönlich, unterhaltsam und pointiert erzählt er, was Literatur für ihn bedeutet – und warum man beim Lesen nicht auf Listen hören sollte.

Mein Leben in 13 Büchern
Gregor Gysi, Hans-Dieter Schütt

Hardcover 20,00 €



Prignitz United - unser Konzert gegen Rechts

Ein kleiner Rückblick

Die Prignitz ist bunt. Einige Menschen, die klare Kante gegen Rechts und für Vielfalt zeigen wollen haben am 31.10. im Kaff in Karstädt das erste Konzert *‚Prignitz United‘* veranstaltet. Wir haben etwas auf die Beine gestellt, aus dem noch Großes werden kann!

Unser Plan war, den Menschen hier in der Umgebung etwas zu bieten. Mit solidarischen Preisen, toller Atmosphäre, guter Stimmung - und einer klaren Aussage: **Faschismus hat hier keinen Platz!**
Rund hundert stabile Meschen kamen, um gemeinsam mit uns gegen Rechtsruck zu rocken und vier tollen Bands zu lauschen. Prignitz Riot hat mit feinstem Punkrock aus Perleberg den Auftakt gerockt und die Menge eingeheizt. Attacke Royal aus Ludwigslust hat mit Klassikern der Band Die Ärzte Nostalgiegefühl aufkommen lassen. Und sogar zwei Acts direkt aus der Haupstadt Berlin waren mit an Board: Prey Vision (Girl Rage Grunge) und die Killing Lizzards (Hardcorepunk) haben uns die Ohren durchgepustet.
Ein riesiges Dankeschön geht raus an die Musiker, die Tontechnik und an das Kaff. Ohne euch wäre das nicht möglich gewesen. Auch ohne die Planungsgruppe (bestehend aus Daniel, Sebastian, Benjamin, Luisa und Thomas) hätte das

Konzert nicht stattfinden können.
Und natürlich ist so ein Konzert nichts ohne die Crowd! Danke an alle, die da waren, mit uns gefeiert und einen mega Abend verbracht haben.
Ihr könnt euch sicher sein: Das Format *‘Prignitz United‘* bleibt! Wir machen definitiv weiter! Also bleibt dran für weitere Infos (auch auf dem Instagram Account @prignitz_united)
■■ *Julia Köppe*

Prignitzer Pfötchenweihnacht

Seit vielen Jahren sammelt Die Linke Prignitz Spenden für den Prignitzer Tierschutzverein und für andere soziale Projekte. Am 23.12.2025 von 16.00 bis 20.00 Uhr veranstaltet sie die traditionelle „Pfötchenweihnacht“ in Perleberg unterm Weihnachtsbaum. Der Erlös von Tee-, Kinderpunsch- und Glühweinverkauf wird gespendet. Gerne werden auch Sachspenden entgegengenommen.
Es wird ein Programm für Kinder geben und gemeinsames Singen unterm Weihnachtsbaum. Kommt vorbei.

Jeder EURO hilft.

Termine

Die Linke feiert Weihnachten
Do 11.12. // 18 Uhr
Regionalverband Kyritz-Neustadt-Wusterhausen
Bootshaus Wusterhausen
Fr 12.12. // 17 Uhr
Regionalverband Wittstock-Heiligengrabe
Gröpereck Wittstock
Mi 17.12. // 18 Uhr
Kreisvorstand OPR
Ristorante Villa Romantica
Neuruppin

Sa 13.12. // 14-17 Uhr
Repaircafe
Burgstraße 27, Wittstock

Mo 15.12. // 18:30 Uhr
Spieleabend
„Zum roten Würfel“

Sa 20.12. // 18 Uhr & 20:30 Uhr
„Irre Weihnachten“, ein Stück des Burgtheaters Goldbeck
Speisesaal der Diesterweg Grundschule Wittstock

Di 23.12. // 16-20 Uhr
„Pfötchenweihnacht“ der Prignitzer Linken
Großer Markt Perleberg

Sa 24.01.26 // 11 Uhr
Petra Pau kommt
Schloßgartencafe
Neuruppin

Impressum

Märkische Linke, Meinungsmedium von Die Linke OPR und PR,
Herausgegeben von Die Linke OPR
Kreisvorstand: Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin, kv@dielinke-opr.de
und Die Linke Prignitz Kreisvorstand: Bäckerstraße 21, 19348 Perleberg
vorstand@dielinke-prignitz.de
V.i.S.d.P: Ronny Kretschmer und Thomas Domres

Redaktion: Jürgen Schubert, Achim Müller, Gerlinde Krahnert, Julia Köppe, Ronny Kretschmer
Satz und Layout: Caroline Cave

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autor:innen nicht unbedingt von Redaktion und Herausgeberin wieder.

Die Redaktion bedankt sich für die Zusendung von Artikeln, Bildern und Informationen.

Spendenkonto für Druckkosten:
DE47 1606 1938 0001 6323 61
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG